

Laufendes Protokoll Nr.: 02	Protokoll vom: 16.02.2023 Ort: oskar Begegnungszentrum, Oskar-Meßter-Str. 4-6, 14480 Potsdam Zeit: 18:00 – 20:30 Uhr																											
Anlass: 02. Sitzung des Potsdamer Beteiligungsrates 2023																												
Protokoll: Nicolas Bach																												
<p>Anwesende:</p> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="245 506 408 533"><u>Bürger/innen:</u></td> <td data-bbox="679 506 820 533"><u>Verwaltung:</u></td> <td data-bbox="1059 506 1120 533"><u>SVV:</u></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 539 443 566">Andrey Babeyko</td> <td data-bbox="679 539 847 566">Nadine Neidel</td> <td data-bbox="1059 539 1214 566">Uwe Fröhlich</td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 573 475 600">Dr. Reinhart Binder</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 607 595 633">Freda von Heyden-Hendricks</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 640 507 667">Prof. Dr. Heinz Kleger</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 674 379 701">Antje Knorr</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 707 419 734">Kay Oberstädt</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 741 448 768">Anke Samuelson</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 775 435 801">Julius Stahlberg</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Gäste:</u> . <u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut)</p> <p>Thomas Geisler, mitMachen e. V., WerkStadt für Beteiligung (WfB)</p>		<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>	Andrey Babeyko	Nadine Neidel	Uwe Fröhlich	Dr. Reinhart Binder			Freda von Heyden-Hendricks			Prof. Dr. Heinz Kleger			Antje Knorr			Kay Oberstädt			Anke Samuelson			Julius Stahlberg		
<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>																										
Andrey Babeyko	Nadine Neidel	Uwe Fröhlich																										
Dr. Reinhart Binder																												
Freda von Heyden-Hendricks																												
Prof. Dr. Heinz Kleger																												
Antje Knorr																												
Kay Oberstädt																												
Anke Samuelson																												
Julius Stahlberg																												
<p>Abwesende (e = entschuldigt): Stefanie Buhr, Daniel Frieß, Dr. Antje Jordan (e), Nico Marquardt, Frauke Neumann (e), Günter zur Nieden (e), Franziska Wilke (e)</p>																												
<p>TOP</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüßung, TOPS 2. Crashkurs Grundsätze der Beteiligung 3. Aktuelles – Bericht aus den AGs und von anderen Aktivitäten 4. Organisatorisches 																												
<p>Anhänge</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Grundsätze der Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam b. Prozessmonitor 																												

1 Begrüßung; TOPs

Herr Bach eröffnet die Sitzung des Beteiligungsrates (BR) und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste. Er stellt die Tagesordnung vor, die von den anwesenden Mitgliedern angenommen wird.

2 Crashkurs Grundsätze der Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam

Thomas Geisler stellt die Grundsätze der Beteiligung der Landes vor, die neben der WerkStadt für Beteiligung und dem Beteiligungsrat eine der drei Säulen des Potsdamer Modells der Bürgerbeteiligung sind. Sie wurden in einem bottom-up Beteiligungsprozess 2013 entwickelt, bestehen seitdem in der derzeitigen Form und sollen eine gute Beteiligung in Potsdam fördern. Die Grundsätze gelten sowohl für die gesetzlich geregelte (formelle) als auch die freiwillige (informelle) Beteiligung in Potsdam. Die Grundsätze sind nicht rechtlich bindend oder einklagbar. Allerdings sind sie öffentlich bekannt und von der SVV verabschiedet. Deshalb können sie von der Öffentlichkeit als Grundlage für die Diskussion und Bewertung von Beteiligungsprozessen angewendet werden. Ziel ist es, die Beteiligungskultur in Potsdam zu stärken.

Die Grundsätze können dem Beteiligungsrat Potsdam als Schema oder Schablone dienen, um die Qualität eines Beteiligungsprozesses zu bewerten. Die sieben Grundsätze der Beteiligung lauten (siehe auch <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/kategorie/die-grundsaeetze-der-buergerbeteiligung-potsdam>):

Verbindlichkeit

Die Bürger:innen brauchen die Gewissheit, dass ihre Vorschläge und Beiträge von der Stadtpolitik und Stadtverwaltung Gehör finden und auch ernstgenommen werden. Bürgerbeteiligung als Ergänzung zu den bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie braucht demnach eine verbindlich festgelegte Grundlage. Dazu sollte es zunächst einen grundsätzlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung geben, der die Verbindlichkeit von Beteiligungsverfahren regelt. Für einzelne Beteiligungsverfahren (z.B. Workshops, Werkstattverfahren, usw.) braucht es einen Handlungsrahmen (z. B. durch Kooperationsvereinbarungen), der beschreibt, welche Einflussmöglichkeiten konkret bestehen und welche nicht. Eine klare Verbindlichkeit erhöht die Akzeptanz und Bereitschaft zur Beteiligung.

Einbeziehung

Eine frühzeitige Einbeziehung der Einwohner:innen fehlt derzeit oftmals, ist jedoch erstrebenswert, damit Entscheidungen zu Fragestellungen gemeinsam erarbeitet werden und nicht im Nachhinein über schon beschlossene Sachverhalte debattiert wird.

Informationsbereitstellung

Um eine Diskussion auf Augenhöhe führen zu können, ist eine umfassende Information über alle Belange zu der jeweiligen Fragestellung unerlässlich. Alle relevanten Informationen sollen daher in einem frühen Stadium bereitgestellt und verständlich aufbereitet werden. Dabei ist auf einen gegenseitigen Informationsfluss zu achten, bei dem auch die Verwaltung und die Politik Kenntnisse über die Diskussion im Beteiligungsverfahren bekommen, die ähnlich verständlich aufbereitet werden müssen. Der Zugang zu Informationen soll ohne Barrieren möglich sein.

Kommunikation

Die Kommunikationsform soll offen, direkt, persönlich und proaktiv/initiativ sein. Die Umgangsformen in Beteiligungsverfahren sollen sachlich und konstruktiv sein. Dabei sollen Vorwürfe vermieden und es soll einander gegenseitig ohne Misstrauen begegnet werden. Verschiedene Sichtweisen auf ein Thema sollen gleichberechtigt behandelt werden. Alle Beteiligten sollen mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen, anerkannt und ernst genommen werden.

Aktivierung

Bürgerbeteiligung setzt die Einbeziehung von möglichst vielen Interessierten voraus. Das Ziel muss sein, nicht über, sondern mit den Menschen in den Dialog über ihre Wünsche, Vorstellungen und Ideen zu treten. Dabei sollen alle mitgenommen werden. Je nach Thema, Gruppe der Betroffenen und Fragestellung sind dafür unterschiedliche Herangehensweisen und Ansätze im Verfahren zu überlegen. Die Hindernisse sich einzubringen (mangelnde Zeit, eingeschränkte Mobilität, Sprachhemmnisse, Kenntnisstand) sollen abgebaut werden.

Anerkennungskultur

Die an Beteiligungsverfahren beteiligten Personen aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik sollten eine gemeinsame Kultur der Anerkennung und Wertschätzung entwickeln. So sollte z.B. das Engagement von Mitarbeiter/innen aus der Stadtverwaltung auch innerhalb der Verwaltung Anerkennung finden.

Chancengleichheit

Alle Bevölkerungsgruppen sollen chancengleich in Beteiligungsverfahren einbezogen werden. Bürgerbeteiligung soll so zur Einwohner/innen-Beteiligung werden. Eine chancengleiche Beteiligung muss darauf abzielen, dass alle Einwohner/innen der Stadt unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht, Alter, Sprachfähigkeit die gleichen Chancen haben, sich in die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes einzubringen. Dazu müssen die Strukturen der Beteiligung darauf ausgerichtet sein, benachteiligte Gruppen – wie zum Beispiel Jugendliche, Senior/innen, Nicht-Deutsche-Staatsbürger/innen etc. – verstärkt einzubeziehen und ihnen den Zugang zu Möglichkeiten der Teilhabe zu erleichtern.

Weitere Anmerkungen und Kommentare aus der Diskussion:

- Worauf bezieht sich Verbindlichkeit?
 - Sie bezieht sich darauf, dass gemeinsam verbindliche Absprachen für den Ablauf des Beteiligungsprozesses und den Umgang mit den Ergebnissen getroffen werden, an die sich alle Akteur:innen halten. Hinsichtlich des Umgangs mit den Ergebnissen bedeutet es jedoch nicht, dass alle Ergebnisse exakt übernommen und umgesetzt werden. Die Verbindlichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Ergebnisse aus einem Prozess transparent dargestellt werden und eine Rückmeldung zum Umgang / zur Umsetzung erfolgt.
- Gibt es eine Verbindlichkeit für die Durchführung von Bürgerbeteiligung?
 - Bei der freiwilligen / informellen Bürgerbeteiligung, mit der sich der Beteiligungsrat Potsdam in der Regel beschäftigt, gibt es keine Verbindlichkeit

für die Durchführung von Beteiligungsprozessen. Anders ist dies bei der gesetzlich geregelten / formellen Beteiligung (z. B. B-Planverfahren), zu der die Kommunen und Städte verpflichtet sind.

- Zu welchen Themen muss Bürgerbeteiligung in Potsdam stattfinden?
 - Es gibt keine Liste, da dies eine zu starre Festlegung wäre. Damit könnten zukünftig Themen ausgeschlossen werden, mit denen aktuell noch nicht gerechnet wird.
- Braucht es nicht einen Maßstab für die Messbarkeit von Beteiligung?
 - Die Messung des Erfolgs eines Beteiligungsverfahrens ist sehr schwierig und vom Kontext des Beteiligungsprozesses abhängig. Zu diesem Thema gibt es einen eigenen Crashkurs, der auf Wunsch der BR Mitglieder durchgeführt werden kann.
 - Messbarkeit ist auch aus wissenschaftlicher Sicht nicht so einfach: Soll es streng quantitativ / deskriptiv oder eher intuitiv / interpretierend beschrieben werden?
- Die Grundsätze der Beteiligung sollten besser in die Politik kommuniziert werden. Teilweise entsteht der Eindruck, dass sie dort noch nicht bekannt genug sind. Dann könnte ein zielführenderer Austausch mit der Politik erreicht werden.
 - Bürgerbeteiligung wird von Kommunalpolitiker:innen oftmals erst einmal als Störung empfunden, da dadurch zusätzliche Aufgabe entstehen, die neben den bereits vorhandenen erledigt werden müssen. In der Politik muss ein Verständnis entstehen, dass Bürgerbeteiligung keine Störung, sondern eine willkommene Ergänzung ist. Im Bereich der Bürgerbeteiligung befinden wir uns alle derzeit noch in einem großen Lernprozess.
- Haben die Grundsätze etwas Potsdam-spezifisches? Oder sind es nicht vielmehr Regeln, die eine allgemeine gültige Zielvorstellungen für Beteiligung wiedergeben?
 - Ja, sie sind allgemeingültig. Potsdam-spezifisch ist die Entwicklung der Grundsätze, die in Potsdam nicht wie in den meisten Kommunen und Städten top-down erfolgte, sondern in einem bottom-up Prozess entstanden ist.
- Die reine Tatsache, dass die Grundsätze eingehalten werden und man ggf. eine Rückmeldung zum Umgang mit den Ergebnissen aus einem Beteiligungsprozess erhält bedeutet noch nicht, dass man sich als Teilnehmer:in eines Prozesses ernst genommen fühlt.
 - Eine ernsthafte Umsetzung der Grundsätze kann dazu beitragen, dass die Menschen, die sich an Beteiligungsprozessen teilnehmen, ernst genommen fühlen. Garantieren können sie dies allerdings nicht.
 - Die Transparenz des Verfahrens ist ein wichtiger Punkt, der in den aktuellen Grundsätzen fehlt. Sie könnte dazu beitragen, dass sich die Teilnehmenden eines Beteiligungsprozesses ernst genommen fühlen.
- Es ist gut, dass die Grundsätze offen formuliert sind, weil sie dadurch leichter angepasst werden und viele Elemente erfassen können.

Weitere Informationen zum Thema Grundsätze / Leitlinien für Beteiligung sind auf den Seiten des Netzwerks Bürgerbeteiligung zu finden (<https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik/sammlung-kommunale-leitlinien/>). Dort sind auch Qualitätskriterien für gute Beteiligung hinterlegt (<https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik/qualitaetskriterien-buergerbeteiligung/>). Des Weiteren bietet das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) immer wieder Informationen und

Veranstaltungen zum Thema Bürgerbeteiligung an (<https://difu.de/themen/governance-verwaltung>).

3 Aktuelles – Bericht aus den AGs und von anderen Aktivitäten

3.1 *Prozessmonitor*

- Schlaatz 2030: Start des Planlabors ist am 27. Februar 2023 um 10.30 Uhr. Dort wird der Container eröffnet, in dem der Masterplan für den Schlaatz vorgestellt wird. Herr Fröhlich regt an, dass der BR sich dafür einsetzen soll, dass dort auch das B-Plan-Verfahren vorgestellt und der B-Plan dezentral ausgelegt wird. Dadurch hätten die betroffenen Menschen vor Ort die Möglichkeit, am B-Plan-Verfahren teilzunehmen und dort ihre Einwände einzubringen. Am 03. März wird der B-Plan von der SVV beschlossen und damit das Verfahren eingeleitet. Herr Fröhlich wird einen Textentwurf vorbereiten, in dem der BR die dezentrale Auslage vorschlägt. Er wird den Entwurf an die Mitglieder des BR schicken, die den Entwurf ggf. ergänzen können. Der Entwurf sollte möglichst schnell an den OBM geschickt werden, damit die dezentrale Auslage am 27.02.2023 bei der Eröffnung des Planungslabors angekündigt werden kann. Die Mail soll möglichst durch die Sprecher:innen an den OBM, cc an Herrn Schwarz und ggf. auch an die Fraktionen geschickt werden.
- Es wird gefragt, warum der Prozessmonitor keine Einschätzung der Qualität der laufenden Beteiligungsverfahren enthält. Thomas Geisler erläutert, dass der Prozessmonitor immer eine Momentaufnahme ist, d. h. den aktuellen Stand eines Prozesses wiedergibt. Da der Prozessmonitor mit dem Protokoll des BR veröffentlicht wird, wäre eine eventuelle Kritik eines Verfahrens für alle sichtbar. Selbst wenn die durchführenden Personen auf die Kritik reagieren und das Verfahren anpassen, könnte der Gesamtprozess durch eine negative öffentliche Einschätzung dauerhaft beschädigt werden. Thomas Geisler schlägt vor, dass der Prozessmonitor so bleibt wie er ist und eine mündliche Einschätzung der Qualität in den Sitzungen des Bürgerrats erfolgt.

3.2 *Antrag auf Rederecht im Bau- und Stadtentwicklungsausschuss*

Der Antrag ist eingegangen und wird derzeit bearbeitet. Der Beschluss sollte bis zur nächsten Sitzung des BR im März vorliegen.

3.3 *AG Libeskind Mediaprojekt*

Keine Neuigkeiten: Beim Werkstattverfahren hat sich noch nichts getan. Das gemeinsam erarbeitete Statement des BR wurde verschickt.

3.4 *Austausch mit der AG Smart City*

Es gibt nichts Neues. Es wurde kein Kontakt aufgenommen. Dies kann auch daran liegen, dass die AG-Smart-City, wie die gesamte Stadt Potsdam, vom Internet abgeschnitten war. Thomas Geisler fragt noch einmal nach.

3.5 *Bericht aus dem Ausschuss Partizipation, Transparenz, Digitalisierung (PTD)*

An der letzten Sitzung konnte leider kein Mitglied des BR teilnehmen. Frau von Heyden-Hendricks schafft es zukünftig zeitlich nicht mehr, an den Sitzung des Ausschusses PTD teilnehmen. Herr Binder hat Interesse und würde den Platz von Frau von Heyden-Hendricks übernehmen.

3.6 *Lage der Ortsbeiräte – Bericht aus dem Workshop*

Frau Arasin hat an Frau von Heyden-Hendricks den Bericht von Prof. Franzke geschickt, den Herr Bach allen Mitgliedern des Beteiligungsrats weitergeleitet hat. Des Weiteren hat sie angeboten, an einer Sitzung des BR teilzunehmen, um über die Situation der Ortsbeiräte zu

berichten und mit dem BR in den Austausch zu kommen. Dieses Angebot ist von den anwesenden Mitglieder positiv aufgenommen worden. Sie soll gemeinsam mit Prof. Franzke für die Sitzungen im März oder Mai eingeladen werden. Frau von Heyden-Hendricks fragt beide an.

3.7 *Veranstaltung zum wohnungspolitischen Konzept der Landeshauptstadt Potsdam*

Am 15.02.2023 wurde ein Webinar zum wohnungspolitischen Konzept durchgeführt, an dem verschiedene Personen aus Politik, Verwaltung und Stadt- und Raumplanung teilgenommen haben und in das Thema eingeführt haben. Insgesamt haben über 70 Personen an der Veranstaltung teilgenommen. Einige Teilnehmende waren empört, weil ein normales Zoom-Meeting erwartet wurde und sie sich im Webinar nicht sehen und auch nicht aktiv durch Wortbeiträge teilnehmen könnten, sondern nur die Möglichkeit hatten, ihre Fragen im Chat zu stellen. Frau von Heyden-Hendricks hat an der Veranstaltung teilgenommen und fand das Treffen insgesamt sehr informativ. Viele Fragen aus dem Chat wurden direkt beantwortet, andere sollen im Nachgang bearbeitet werden. Es ist allerdings unklar, wie genau die Beantwortung erfolgen soll.

Es folgen noch insgesamt drei Webinare und eine öffentliche Veranstaltung. Des Weiteren wird ein Gremium einberufen, das den Prozess begleiten soll, an dem auch zufällig ausgeloste fünf Bürger:innen (Dialogbot*innen) teilnehmen sollen. Die Anmeldung zur Teilnahme an der Auslosung der Dialogbot*innen ist online möglich (<https://www.potsdam.de/anmeldung-fuer-die-auslosung-der-dialogbotinnen>). Es gibt zusätzlich einen Aktionskreis, an dem verschiedene Beiräte Potsdams teilnehmen. Es ist unklar, warum der BR nicht Teil des Begleitgremiums ist. Dies sollte möglichst geändert werden. Die nächste Sitzung des Aktionskreises ist im Juni. In den kommenden Sitzungen soll geklärt werden, wer an dieser Sitzungen teilnehmen will.

Die Aufzeichnung der Auftaktveranstaltung ist im Internet hinterlegt: <https://www.potsdam.de/aufzeichnung-der-auftaktveranstaltung-zur-fortschreibung-des-wohnungspolitischen-konzeptes>

3.8 *Webseite des Beteiligungsrats*

Herr Daenzer fragt an, ob die Stellungnahmen des BR zukünftig unter Aktuelles auf der Webseite und ggf. auch im Beteiligungsnewsletter veröffentlicht werden sollen. Die anwesenden Mitglieder sprechen sich einstimmig für Veröffentlichung der Stellungnahmen auf der Webseite aus.

Herr Geisler wird beauftragt nachzuschauen, ob aufgrund des Hackerangriffs E-Mails nicht beim BR angekommen sind. Er wird dies überprüfen.

4 Organisatorisches

4.1 *Klausurtagung 2023*

Herr Bach fragte, ob eine Klausurtagung für 2023 gewünscht ist. Die Mehrheit der Anwesenden hat sich dafür ausgesprochen. Ein Mitglied hat sich dagegen ausgesprochen. Über die thematische Ausgestaltung und den Zeitpunkt wird in den kommenden Sitzungen gesprochen.

Mögliche Themen sind zum Beispiel die

- Weiterentwicklung der Grundsätze
- Identifikation und Schärfung von Themen, in dem Treffen mit dem OBM besprochen werden sollen

- Crashkurs
- andere Themen.

4.2 Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung findet am 09. März 2023 statt.

4.3 Weitere Themen für kommende Sitzungen

- AG Smart City: Vorstellung der Umfrageergebnisse (evtl. April 2023)
- Ortsbeiräte: Treffen mit Frau Arasin und Prof. Franzke (evtl. März oder Mai 2023)
- Schlaatz 2030: B-Plan und weitere Schritte; Austausch mit Herrn Schwarz und Stadtpuren und weiteren Personen, die verschiedene Perspektiven auf den Schlaatz geben können. Das Treffen könnte mit einer Begehung verbunden werden und dann mit einer Podiumsdiskussion im Bürgerhaus am Schlaatz und dem Austausch enden. (im Laufe des Jahres 2023)

Anhang

a. Weitere Informationen zu den Grundsätzen der Beteiligung

Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Crashkurs: Grundsätze der Beteiligung



Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

Entstehungsgeschichte: Grundsätze der Beteiligung



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



- 2011
- März 2011 Expertenworkshop entwickelt erstes Konzept
 - September 2011 Konzept der Fachöffentlichkeit vorgestellt
 - wenig Akzeptanz für Konzept und Forderung nach einem öffentlichen Arbeitsprozess
- 2012
- Oktober 2012 Open-Space Konferenz
 - Eckpunkte zur strukturierten Bürgerbeteiligung
 - Gründung Steuerungsgruppe für einen partizipativen Prozess
 - Arbeitsgruppen die das Konzept entwickelten
- 2013
- Ergebnis Grundsätze für Beteiligung
 - Sommer 2013 Interessenbekundungsverfahren für Büro (später WerkStadt für Beteiligung)
 - November 2013 Gründungssitzung des Beteiligungsrates

Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

Grundsätze der Potsdamer Beteiligung



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen

frühzeitige Einbeziehung der Einwohner_innenschaft

niedrigschwellige Informationsbereitstellung

angemessene Kommunikationskultur

Aktivierung von Beteiligung: Einwohner_innenschaft, Verwaltung

Fördern einer Anerkennungskultur

Herstellen von Chancengleichheit in Beteiligungsprozessen

Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

Eigenschaften: Grundsätze der Beteiligung



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



- klar verständlich formuliert
- legen Anforderungen an Beteiligung in Potsdam fest
- beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung
- nicht bindend / nicht einklagbar
- öffentlich und bekannt

Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

Funktion: Grundsätze der Beteiligung



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



- appellativer Charakter in Diskussionen
- Grundlage zur Diskussion von Prozessqualität
- Anwendung stärkt die Beteiligungskultur in Potsdam

Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

Bedeutung: Grundsätze der Beteiligung



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



- Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft
- WerkStadt für Beteiligung
- Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitales
- Beteiligungsrat

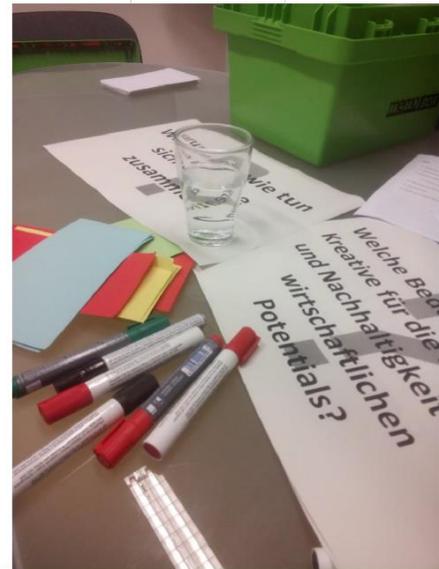
Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

Anwendung: Grundsätze der Beteiligung

- Bekanntheit der Grundsätze
- Grundsätze als Diskussionsgrundlage
- Einschätzung von Beteiligungsprozessen
- Mahnen und Erinnern an die Einhaltung



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



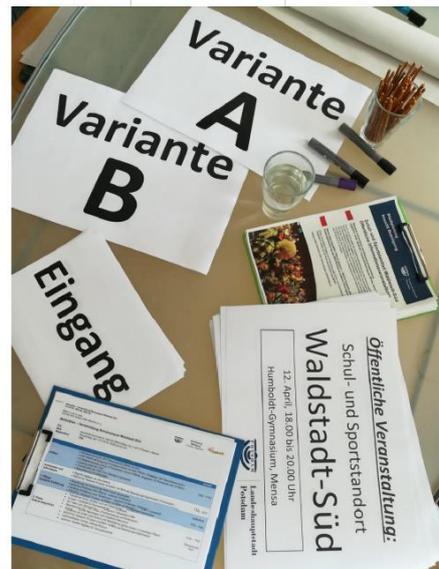
Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

Ausblick

- Messbarkeit von Beteiligung
- Entwicklung und Definition von Kriterien zur Sicherstellung der Grundsätze
- Herstellung der Verbindlichkeit
- Weiterentwicklung der Grundsätze



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Vorstellung WerkStadt für Beteiligung | Sitzung des Beteiligungsrat 16.02.2023

b. Prozessmonitor

Beteiligungsrat LHP
Sitzung: 16.02.2023
Prozessmonitor der WfB
Stand: 08.02.2023



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Legende

Prozessbezeichnung

1. Prozessgegenstand
2. Prozessbeteiligte
3. Stand und nächste Schritte
4. Rolle der WerkStadt für Beteiligung
5. Status: ■ läuft ■ pausiert

1. Schlaatz 2030

1. Im Zuge der Fortsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ für den Stadtteil Schlaatz wird ein Konzept zur zukünftigen Partizipation der Einwohner:innen entwickelt (Drucksachennummer: 21/SVV/0066).
2. Zuständige Sachbearbeiter:innen im Geschäftsbereich 4 der Verwaltung, Wohnungsunternehmen in „Bündnis für den Schlaatz“, Träger vor Ort, Einwohner:innen, Planlabor (Kollektiv Stadtsucht), Stadtkontor, Luchterhandt Verfahrensbetreuer
3. In einer dritten Dialogrunde wurden Beiträge von Einwohner:innen aufgenommen und ausgewertet. Die Ergebnisse sind in die Entscheidungen der Jury eingeflossen. Anschließend wurde eine öffentliche Ausstellung der aktuellen Planungen im Bürgerhaus am Schlaatz durchgeführt. Beim Abschlussdialog am 8.10. wurde der finale Masterplan präsentiert und die darin eingeflossenen Beteiligungsergebnisse aufgeführt. Die WerkStadt hat berät und begleitet die Vorhabenträger:innen und Akteur:innen bei dem Prozess Schlaatz 2030.
4. ■ Status: läuft

2. Netzwerk Waldstadt

1. Auf Beschluss der Stadtverordneten (DS 20/SVV/0256) und auf Initiative von Aktiven vor Ort ist für Waldstadt (1, 2 und 3) im Zuge eines Beteiligungsprozesses vor Ort ein Konzept für die Einrichtung einer hauptamtlichen und aus Zuwendungen der LHP finanzierten Koordination zur Unterstützung von bürgerschaftlichem-ehrenamtlichem Engagement und Gemeinwesenarbeit entwickelt worden.
2. Beteiligt sind eine Vielzahl von Trägern vor Ort, die im Netzwerk für EINE Waldstadt organisiert sind sowie der Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration – hier insbesondere die Koordinierungsstelle der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser. Als Ergebnis des Prozesses gründet sich aus dem Netzwerk heraus zudem die Trägergemeinschaft „Stadtteilkoordination für EINE Waldstadt“.
3. Der Erarbeitungs- und der Gründungsprozess der Trägergemeinschaft konnte im Oktober 2021 abgeschlossen werden. Auf dieser Basis wurde durch die

Trägergemeinschaft an die Verwaltung ein Zuwendungsantrag gestellt, der positiv beschieden wurde, sodass die Stadtteilkoordination zum Jahresanfang 2022 ihre Arbeit aufnehmen konnte. Das Jahr 2022 kann als Start – und Aufbauphase der Stadtteilkoordination in Waldstadt betrachtet werden.

4. Die WerkStadt moderierte und gestaltete den Prozess und berät nach Bedarf auch weiterhin die Akteur:innen. Die Akteur:innen werden bei den Gesprächen mit der LHP begleitet und bei der Einrichtung der Trägergemeinschaft sowie im Laufe der Aufbauphase der Stadtteilkoordination beraten.
5. ■ Status: läuft

3. Strategiegruppe Rechenzentrum

1. Auf Initiative des Oberbürgermeisters soll für das Grundstück des durch die „Stiftung für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ geplanten Kirchenschiffes im Zuge eines 4 stufigen Prozesses gemeinsam mit der Stiftung und den Nutzer:innen des Rechenzentrums (inklusive des FÜR e.V.s) Konzepte für die inhaltliche Nutzung und dem folgend für mögliche Gestaltungen entwickelt werden. Hierzu ist in Phase 2 ein „Design Thinking“ Prozess angestoßen worden, der von der Hasso Plattner Institut - School of Design Thinking betreut wurde. Näheres findet sich im RIS unter der Vorlagenummer: 20/SVV/1386. Gegenwärtig wird Phase drei des Prozesses vorbereitet, wobei hierzu von Seiten des Büros des Oberbürgermeisters eine Machbarkeitsstudie für mögliche Architekturen vor Ort auf Basis der bisherigen Prozessergebnisse in Planung ist. Gleichzeitig soll durch ein Rechtsgutachten geklärt werden, welche möglichen Szenarien sich hinsichtlich des Grundstücks der Kirche ergeben könnten, sollte zum Beispiel der Kirchturm nicht fertiggestellt werden können und anderes. Das Gutachten wurde im August vorgelegt (DS 22/SVV/0722) und hieraus ergibt sich die Lage, dass zur weiteren Verfolgung des beschriebenen Prozesses (Stichwort „Haus der Demokratie“) die Stiftung ihre Satzung dahingehend ändern müsste, dass sie auf die zukünftig angestrebte Errichtung des Schiffes der Garnisonkirche verzichtet. Andernfalls wäre die Verfügbarkeit des betreffenden Grundstückes für die Zwecke der LHP nicht herstellbar. Dies beträfe auch jene Fläche, auf der Anteilig das Rechenzentrum steht (ca. 18% des Grundstückes im Eigentum der Garnisonkirche). Hierzu möchte der OBM in der kommenden Sitzung des Kuratoriums der Stiftung (November 2022) eine Klärung anstoßen. Der weitere Verlauf des Prozesses hängt stark von ebenjener Klärung ab. Da die Sitzung des Kuratoriums noch keine abschließenden Ergebnisse erbracht hat, ist eine dort angesetzte Klausur abzuwarten.
2. Beteiligt sind das Büro des Oberbürgermeisters, die Stiftung Garnisonkirche, die Nutzer:innen des Rechenzentrums.
3. Für die Nutzer:innen des Rechenzentrum in ihrer Vielfältigkeit ist die Teilnahme an diesem Prozess neben der Beteiligung an dem Prozess zur Ausgestaltung des neuen Kreativquartiers in der Nachbarschaft mit vielen Herausforderungen und großem zeitlichen Aufwand verbunden. Daher haben diese die WerkStadt um eine ständige Begleitung und Beratung gebeten. Hierzu finden nunmehr in 14 tägigen Abständen Treffen statt. Zudem wird nach Bedarf auch zwischenzeitlich in Coachings oder Supervisionen durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt.
4. Die WerkStadt für Beteiligung ist in beratender und begleitender Rolle eingebunden.
5. ■ Status: läuft

4. WerkStadt-Bericht

1. Die WerkStadt für Beteiligung hat sich zur Aufgabe gemacht einen Bericht der zurückliegenden Jahre zu erstellen. Der Bericht hat das Ziel, Nichtfachpublikum Einblicke in die Arbeit der Einrichtung zu geben. Angestrebt wird die Publikation zum Ende des Jahres 2022.
2. Mitarbeiter:innen der internen und externen WerkStadt für Beteiligung
3. Die inhaltliche Struktur des Berichts ist abgestimmt und liegt vor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die finalen Texte erarbeitet.
4. Die WerkStadt ist in federführender Rolle für die Erstellung des Berichtsinhalts zuständig.
5. ■ Status: läuft

5. Kulturpolitische Strategie

1. Die LHP gibt sich seit vielen Jahren Kulturpolitische Leitlinien, um die Gestaltung der Förderpolitiken im Bereich Kultur konzeptionell zu verankern. Dazu gehört ein Prozess, in dem die Leitlinien regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden. In dem nun angestoßenen Prozess geht es um die Neuausrichtung der kulturpolitischen Strategie inklusive der Entwicklung von korrespondierenden Leitlinien.
2. Fachbereich 24, Kultur und Museum (Projektkoordination und Begleitung des Forschungsprozesses), die Fachhochschule Potsdam Kulturarbeit (wissenschaftliche Projektleitung)
3. Der Prozess befindet sich in der Beteiligungsphase. Im Rahmen von AGs und Themenworkshops wird insbesondere kulturpolitischen Akteur:innen ermöglicht, an der kulturpolitischen Strategie mitzuwirken. Im Rahmen der Beteiligungsphase fanden u.a. Fokusgruppengespräche, ein Runder Tisch, eine Online-Befragung von Jugendlichen und Befragungen von Kulturaktiven via Mail statt. Die Strategiegruppe begleitet den Gesamtprozess und gibt Rückmeldung zu anstehenden Planungsschritten. Zum Abschluss dieser Beteiligungsphase fand eine (online) Plenumsveranstaltung statt. Diese richtete sich an die Kulturakteur:innen Potsdams. Die Ergebnisse des Plenums werden durch das Projektteam und die Mitwirkung der Strategiegruppe im weiteren Prozess fachlich analysiert und in die Kulturpolitischen Strategien und Maßnahmen übertragen. Die Strategiegruppe trifft sich wieder am 21.02.2023 um 14 Uhr.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich 24 und den Kooperationspartner der FHP insbesondere bei der Planung und Durchführung in beteiligungsrelevanten Kontexten im Gesamtprozess (Bsp. Leistungsbeschreibung für Planung und Steuerung Gesamtprozess; Moderation etc.) Zudem nimmt die WfB an regelmäßigen Treffen der eingerichteten Strategiegruppe beratend teil.
5. ■ Status: läuft

6. Wohnungspolitisches Konzept

1. Das Wohnungspolitische Konzept soll fortgeschrieben werden. Bei der Erarbeitung der Inhalte sollen organisierte Gruppen und Einwohner:innen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Neben verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen sollen in mehreren Dialogforen die Ergebnisse und Ideen diskutiert werden, damit sie Eingang in die Konzeptarbeit finden. Für die Durchführung dieser Aufgaben wurde ein externer Dienstleister verpflichtet.
2. Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration, Stadtentwicklung
3. Gegenwärtig wird die genaue Abstimmung und Prozessplanung mit dem Auftragnehmer und dem beteiligten Fachbereich zur Durchführung der Beteiligung vorgenommen.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich bei der Planung und Umsetzung der Beteiligung.
5. ■ Status: läuft

7. Stadtteilnetzwerk Potsdam West

1. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam West leistet seit Jahren wertvolle Nachbarschaftsarbeit. Die Planungen zur Sanierung des „Lottenhofs“ stellen das Netzwerk vor neue Herausforderungen und Aufgaben im Hinblick auf Beteiligung. Das Stadtteilnetzwerk erörtert die relevanten Fragen die sich inhaltlich, organisatorisch und strukturell daraus ergeben.
2. Vorstandsmitglieder, Hauptamtliche und Ehrenamtler:innen im Stadtteilnetzwerk Potsdam West
3. Mit Begleitung der WerkStadt für Beteiligung wurde eine Klausur durchgeführt in der die aktuellen Fragen und Herausforderungen identifiziert wurden. Weitere Beratungstreffen sind geplant.
4. Die WerkStadt für Beteiligung begleitet und berät das Stadtteilnetzwerk in ihrem Strukturierungsprozess.
5. ■ Status: läuft

8. Scholle 51

1. Die Scholle 51 ist ein Kunst- und Atelierhaus in der Geschwister-Scholl-Straße 51 in Potsdam-West. Nach einem langjährigen politischen Prozess konnten der Scholle51 Hausverein das Gebäude erwerben und dessen Bestand über eine Änderung des vor Ort geltenden Bebauungsplans abgesichert werden. Nun muss der Hausverein in Eigenverantwortung und aus eigenen Mitteln eine umfängliche Sanierung des Gebäudes durchführen, um es als Raum für Kunst- und Kultur im Stadtteil langfristig nutzbar zu machen und alle diesbezüglichen bautechnischen Auflagen zu erfüllen. Dies stellt den Verein und dessen Unterstützer:innen vor große Herausforderungen und macht intensive Prozesse der Selbstorganisation notwendig.



2. Hausverein Scholle51 und Unterstützer:innen
3. Jüngst konnten alle Nutzungen im Haus in Ausweichquartiere umziehen, um Baufreiheit für die nun anstehenden Sanierungsarbeiten herzustellen. Die Arbeiten sollen innerhalb weniger Monate durchgeführt werden.
4. Die WerkStadt begleitet und berät den Hausverein und seine Mitglieder sowie deren Unterstützer:innen in regelmäßigen Supervisionsformaten und unterstützt dadurch deren Prozesse der Selbstorganisation.
5. Status: ■ läuft